

KOMMENTAR: HOHE ZUZAHLUNGEN IN DER PFLEGE BELASTEN ALLE

05. März 2026 Erstellt von Andrea Wetzel, Referat Entgelte Pflege (SGB XI)



*In der Debatte über hohe finanzielle Belastungen von Pflegebedürftigen wird oft nur auf stationäre Pflegeeinrichtungen geblickt. Doch auch in der ambulanten Pflege steigen Kosten für die Nutzer*innen. Die Auswirkungen bleiben oft unbemerkt, kommentiert Andrea Wetzel, Referentin für Entgelte in der Pflege des Paritätischen Sachsen, und fordert eine solidarische Pflegevollversicherung.*

Immer wieder wird in öffentlichen Debatten kritisiert, dass Pflegebedürftige mittlerweile immense Summen aufbringen müssen, wenn sie in einem Pflegeheim leben. Es ist in der Tat erschreckend, wenn in Sachsen durchschnittlich 3.000 Euro monatlich für einen Pflegeplatz aufgebracht werden müssen. Die Zahl der Personen, die deshalb auf die Unterstützung des Sozialamtes zurückgreifen müssen, steigt. Eine unhaltbare Situation für die Pflegebedürftigen, kommunale Haushalte und Pflegepersonal, das den Unmut über die hohen Kosten in der Regel abbekommt.

Pflege in der eigenen Häuslichkeit wird übersehen

Doch die Debatte hat eine Schiefelage. Sie blendet nämlich einen Großteil der Betroffenen aus. Von den rund 363.000 pflegebedürftigen Menschen in Sachsen, wird lediglich jeder 7. in einer vollstationären Einrichtung gepflegt. Gut 86 Prozent der Pflegebedürftigen werden hingegen in der eigenen Häuslichkeit versorgt. Überwiegend von An- und Zugehörigen, aber immerhin fast ein Drittel von ihnen mit zusätzlicher Unterstützung durch ambulante Pflege- und Betreuungsdienste. Auch bei der Pflege in der eigenen Häuslichkeit werden nicht alle Leistungen von der Pflegekasse übernommen. Das heißt, dass fast ein Viertel der Pflegebedürftigen in Sachsen ebenfalls regelmäßig mit den steigenden Zuzahlungen konfrontiert wird – aber kaum jemand darüber spricht.

Pflegerische Versorgung gefährdet

Wenn man genau hinsieht, zeigt sich, dass die Kostenentwicklung in der ambulanten Pflege direkten Einfluss auf die in Anspruch genommener Leistungen hat. Denn während im Pflegeheim die Leistungen für alle Bewohner*innen zur Verfügung gestellt werden, besteht in der Häuslichkeit die Möglichkeit, Leistungen „abzuwählen“. Und das geschieht. Nicht, weil die Pflege nicht benötigt wird, sondern weil sie für einige nicht mehr bezahlbar ist. Es ist also davon auszugehen, dass Menschen in unserem Land aus Kostengründen nicht adäquat versorgt werden. Im Extremfall wird dann nicht mehr täglich die Hilfe bei der Körperpflege in Anspruch genommen, damit der Pflegedienst stattdessen auch mal bei der Versorgung des Haushalts oder der Essenszubereitung unterstützen kann.

Am Rand sei erwähnt, dass die Ansprüche aus der Pflegeversicherung faktisch immer hinter dem realen Kostenaufwuchs zurückblieben. Während die Preise zwischen 2017 und 2026 um mehr als 75 Prozent gestiegen sind, wurde das Budget für Sachleistungen im selben Zeitraum gerade mal um 15 Prozent erhöht. Ein Großteil der regelmäßigen Kostensteigerungen geht also direkt zu Lasten der Pflegebedürftigen.

Einige mögen jetzt einwenden, dass die Betroffenen auch in diesem Fall Hilfen zur Pflege erhalten könnten. Das ist richtig. Aber wir sehen auch, dass insbesondere bei älteren Menschen eine hohe Scham vor dem Gang zum Amt besteht. Zudem schrecken Antragsverfahren und bürokratischer Folgeaufwand nachweislich ab.

Mit solidarischer Pflegevollversicherung Kosten senken

Viel sachgerechter wäre es hingegen, die Pflegeleistungen auch über die Pflegeversicherung abdecken zu können. Eine solidarische Pflegevollversicherung könnte genau dies leisten und Menschen ganz konkret entlasten. Vielleicht schafft die aktuelle Bundesregierung mit der geplanten Pflegereform endlich einen ernsthaften Systemwechsel.

Die solidarische Pflegevollversicherung ist keine fixe Idee. So belegt beispielsweise ein gesundheitsökonomisches Gutachten von Januar 2025, dass eine Pflegevollversicherung durch die Einführung einer Bürgerversicherung in der Pflege langfristig finanziert werden kann.

Mehr über den Vorschlag einer solidarischen Pflegevollversicherung sowie dem gesundheitsökonomischen Gutachten von Prof. Dr. Rothgang lesen Sie auf der Seite des Paritätischen Gesamtverbandes: [Pflege? Aber sicher!](#)

Kontakt:

Andrea Wetzel - Referat Entgelte Pflege (SGB XI)

Tel.: 0351 - 828 71 149

E-Mail: [andrea.wetzel\(at\)parisax.de](mailto:andrea.wetzel(at)parisax.de)

